



Die Europäische Union unter österreichischer Präsidentschaft

Am 1. Januar 2006 hat Österreich für die erste Jahreshälfte die EU-Ratspräsidentschaft vom Vereinigten Königreich übernommen. Auf die österreichische Präsidentschaft wird in der zweiten Jahreshälfte – entsprechend einer von den Mitgliedstaaten festgelegten Rotation – Finnland folgen. Ab 2007 bestreiten dann Teampräsidentschaften, bestehend aus je drei Mitgliedstaaten für je eineinhalb Jahre, den Vorsitz. Die erste dieser Teampräsidentschaften werden ab Jahresbeginn 2007 Deutschland, Portugal und – als erstes der 2004 beigetretenen Mitglieder – Slowenien bilden. Im Dezember 2005 legten Österreich und Finnland ein Jahresprogramm für 2006 vor.

Im Rat der Europäischen Union - auch Ministerrat oder Rat genannt - artikulieren und bündeln sich die nationalen Interessen. Mit dem Europäischen Parlament bildet er die Legislative. Die Mitgliedstaaten sind in den unterschiedlichen Ratsformationen durch ihre jeweils zuständigen Fachminister vertreten. Den **Vorsitz im Rat der Europäischen Union sowie im Europäischen Rat**, in dem die Staats- und Regierungschefs zusammen kommen, übernimmt die jeweilige Ratspräsidentschaft, die für die Tagesordnung der Ratsitzungen verantwortlich ist, sie vorbereitet, leitet und Kompromisslinien auslotet. Während im Bereich der sog. ersten Säule (Europäische Gemeinschaften) die Kommission das Initiativrecht hat, hat die Ratspräsidentschaft in den Bereichen der intergouvernementalen Zusammenarbeit großen Gestaltungsspielraum und kann initiativ werden. Der stete Zuwachs an Politikfeldern auf Gemeinschaftsebene, die den Bereichen der sog. zweiten Säule (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) und der dritten Säule (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen) zugeordnet sind, begünstigt die wachsende Bedeutung des Europäischen Rates als Impuls- und Leitliniengeber. Üblicherweise stellt die Ratspräsidentschaft zu Beginn des Halbjahres eine Prioritätenliste vor. Nach dem eher ernüchternden vergangenen Halbjahr sind die Erwartungen hoch gesteckt.

Österreich übernimmt nach 1998 zum zweiten Mal die Ratspräsidentschaft nach einem in letzter Minute unter britischer Präsidentschaft gefundenen Kompromiss zur Finanziellen Vorausschau 2007 – 2013. In die Zeit der Präsidentschaft fällt auch das für Juni 2006 vorgesehene Ende der selbst verordneten Reflexionsphase über die Zukunft des auf Eis

liegenden Verfassungsvertrages. Bis Juli 2006 will sich die Union zum Beitritt Bulgariens und Rumäniens äußern und wird parallel die begonnenen Verhandlungen mit der Türkei und Kroatien fortsetzen. Schließlich bleibt angesichts der wirtschaftlichen Lage die Neubelebung der Lissabonner Strategie in ihrer neuen Ausrichtung als vorrangiges Ziel erhalten. Die amtierende Präsidentschaft wird zusätzlich und gleichzeitig innerstaatlich Wahlkampf führen müssen für die im Herbst anstehenden Nationalratswahlen – kein leichtes Unterfangen, angesichts der verbreiteten Europaskepsis der Österreicher.

Das von der amtierenden und der folgenden Präsidentschaft vorgelegte **Arbeitsprogramm für 2006** gliedert sich in 15 recht allgemein gefasste Themenbereiche, die von der Zukunft Europas und des Verfassungsvertrages über wirtschaftliche Reformen, soziale Gerechtigkeit, Erweiterung und Sicherheit bis zu den Außenbeziehungen der EU reichen. Auf der Agenda bleiben als *left-over* u.a. die nach wie vor umstrittene Dienstleistungsrichtlinie, die Mitte Februar erneut Gegenstand einer Abstimmung im EP sein wird, und möglicherweise die sog. Arbeitszeitrichtlinie. Der Kompromiss über die **Finanzielle Vorausschau** muss nun umgesetzt werden.

Verwoben mit den Überlegungen zum weiteren **Verfahren über den Verfassungsvertrag** ist die umfassende Frage nach der zukünftigen Gestalt der EU. Der von der Kommission vorgelegte „Plan D“ bedarf wie die Ende 2005 gegebenen Anstöße einer Debatte, zu der von der Präsidentschaft Impulse erwartet werden. Die österreichische Außenministerin stellte hierzu vorsichtig die Entwicklung einer gemeinsamen „Choreographie“ in Aussicht.

Das Arbeitsprogramm 2006 widmet sich weiter dem allgemeinen wirtschaftlichen Rahmen, worunter die mögliche Aktualisierung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik im Rat, die Überprüfung der Euro-Konvergenzberichte ebenso wie die angekündigte Verordnung über Gemeinschaftszuschüsse für transeuropäische Netze im Bereich Transport und Energie fallen. Die Initiativen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit erfassen u.a. Maßnahmen zur besseren Rechtsetzung, die Vorbereitung eines Beschlusses über das Rahmenprogramm für Wettbewerb und Innovation sowie die Umsetzung der Charta für Kleinunternehmen. Die Kommission beabsichtigt, ein Wettbewerbsfähigkeitspaket zu schnüren, dessen Bewertung in das zweite Halbjahr reiche. Da zum Jahresende das derzeitige **Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung** ausläuft, will die Präsidentschaft einen rechtzeitigen Start des folgenden 7. Rahmenprogramms sichern und die erforderlichen Durchführungsbeschlüsse vorbereiten. Der Vorsitz kündigt an, sich um das Gemeinschaftspatent zu bemühen und strebt einen Ratsbeschluss über den Beitritt der EG zur World Intellectual Property Organization (WIPO, Genfer Akte) an. Zur Verwirklichung eines „echten“ Binnenmarktes gehöre die **Dienstleistungsrichtlinie**, zu der die Beratungen fortgeführt werden sollen. Ob sie unter österreichischer Präsidentschaft zum Erfolg führen oder weitergereicht werden, ist offen. Besonderes Augenmerk soll auch den **Finanzdienstleistungen** und dem neuen rechtlichen Rahmen für Zahlungssysteme zuteil werden. Im Bereich des Gesellschaftsrechtes sollen die Beratungen der Richtlinien über Pflichtprüfung und Rechnungslegung abgeschlossen werden und die Richtlinie über die Rechte von Aktionären beraten werden. Beim Verbraucherschutz steht die Richtlinie über Verbraucherkreditverträge auf der Agenda, im Zollbereich ein Vorschlag zur Modernisierung des Zollkodex und für einen Beschluss des Rates über e-Zoll. Im Bereich **Energie** – Energie und nachhaltige Entwicklung ist 2006/2007 auch ein Thema der VN – geht es neben einem Beschluss über transeuropäische Netze um die Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, ein Abkommen mit Südosteuropa über eine Energiegemeinschaft, den Energiedialog mit Russland und die Fortführung des Dialoges

mit der OPEC. Für den **Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts** (Kap. 12) bleibt das Haager Programm maßgebend, dessen Halbzeitüberprüfung ansteht. Zudem will der Vorsitz die externe Dimension betonen und der Europäischen Nachbarschaftspolitik, dem westlichen Balkan - aus österreichischer Perspektive besonders nah - und den Beziehungen zu Russland besonderen Vorrang einräumen. Auch soll der Verstärkte Sicherheitsdialog mit den USA fortgesetzt werden. Was die Erweiterung angeht, so ist in Österreich eine breite Zustimmung zu den Verhandlungen mit Kroatien zu verzeichnen. Die Verpflichtungen gegenüber Rumänien und Bulgarien werden, so formuliert es das Arbeitsprogramm zurückhaltend, „mit dem Ziel eines Beitritts beider Länder zur Union im Januar 2007 überwacht“.

Europas Rolle in der Welt und damit das auswärtige Handeln gehören stets zu den Prioritäten einer Ratspräsidentschaft, die auch die Außenvertretung der Union wahrnimmt. Um Kontinuität bemüht, stehen Präsidentschaften im Bereich der GASP und ESVP vor besonderen Aufgaben. Bei der militärischen Krisenbewältigung steht die Halbzeitüberprüfung der EUFOR-Operation Althea (BiH) bevor. Im Bereich der militärischen Fähigkeiten stehen die Erstellung eines Streitkräftekataloges und der Aufbau der Krisenreaktionsfähigkeiten an; die Funktionsfähigkeit der Europäischen Verteidigungsagentur wird dabei ein Schwerpunkt sein. Zur Verbesserung ziviler Fähigkeiten sollen erste Krisenreaktionsteams Ende 2006 einsatzbereit sein, wozu der Ausbau entsprechender Konzepte vorangebracht werden soll. Ergänzend ist beabsichtigt, die zivil-militärische Koordinierung auszubauen. Afrika bleibt Schwerpunkt außenpolitischen Handelns. Die strategischen Partnerschaften mit den USA (EU-USA-Gipfeltreffen) und Russland (Umsetzung der *road maps* für die vier Räume), die Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik (EU-LAK-Gipfeltreffen im Mai) sowie den ASEM-Partnerländern sollen intensiviert werden. Ausgebaut werden soll schließlich auch die Nördliche Dimension der EU, in der Deutschland, Dänemark, Finnland, Polen, Schweden und die baltischen Staaten zusammenarbeiten.

Quellen:

- Rat der Europäischen Union, Entwurf des Jahresprogramms des Rates für 2006, Rats-Dok. 15216/05, 5. Dezember 2005
- Europäische Kommission, Dienstleistung an Europa, EU-Nachrichten Nr. 45, 15.12.2005
- Belafi, Matthias, Krisenmanager Österreich?, Anforderungen an eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft Österreichs, CAP Aktuell 4, 2005